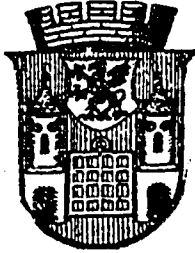


# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Annahme der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 35

Dienstag, den 11. Februar 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

- \* Der neue preussische Kultusminister Grimme hielt im Hauptauschuss des Preussischen Landtags eine Ansprache, die als sein Programm über die kulturellen Belange zu werten ist.
- \* Aus Heuserungen führender Parlamentarier Südtirols ist zu entnehmen, daß man sich dort über Schobers Erfolg in Italien keinen großen Hoffnungen hingibt.
- \* In Paris steigert sich von Tag zu Tag die Erregung gegen die Regierung der Sowjetunion, die sich vor allem in scharfen Ausfällen der Presse gegen die russischen Machthaber äußert.
- \* Die Gegenläufe auf der Londoner Seelagerung haben sich keineswegs gemildert; man rechnet mit entscheidenden Auseinandersetzungen im Verlaufe dieser Woche.

## Der neue Kurs.

Kultusminister Grimme vor dem Hauptauschuss.  
Berlin, 11. Februar.

Im Hauptauschuss des Preussischen Landtags, der die Vorbereitung des Kultushaushalts begann, stellte sich der neue Kultusminister Grimme den Ausschussmitgliedern vor und hielt in seinem neuen Amt die erste Rede vor einer parlamentarischen Körperschaft.

Er erklärte u. a., er lege mit Absicht kein ins einzelne gehendes Programm vor, sondern wolle lediglich seine Grundeinstellung bekannt geben. Minister Beder sei es auf die Bildung der Persönlichkeit angekommen, er habe aber eine grundlegende Aufgabe nicht in Rechnung gestellt, daß nämlich heute die Persönlichkeit nur wirken könne als Exponent einer Machtsgruppe. Die Geschichte frage nicht danach, ob dies dem einzelnen behage oder nicht.

Die Spannung von Persönlichkeit und Partei müsse ausgehalten werden. Die politische Persönlichkeit könne heute nur so lange wirken, wie sie von einem Machtverband getragen werde. Marionette oder Exponent einer Partei zu sein, sei wesentlich zweierlei. Im Zeitalter der erwachten Massen habe die Persönlichkeit nicht ihre Bedeutung verloren, doch sei es vorbei mit dem auf sich gestellten Individualisten.

Staatsminister Beder sei in seinem Amte der letzte Repräsentant eines individualistischen Zeitalters gewesen. Darum habe der kürzliche Wechsel im Amte des preussischen Kultusministers symptomatische Bedeutung. Kultusminister Grimme betonte weiter, es sei ihm heute nicht möglich, die Arbeit seines Vorgängers an dieser Stelle zu würdigen, doch möchte er gern eins unterstreichen haben:

Beder habe wie keiner die Gehildesten für die Republik gewinnen können!

Wenn er, Grimme, die Erbschaft Beders müßte, so sehe er vieles grundsätzlich anders. Aber in einem werde die Aera Beder eine Fortsetzung erfahren, nämlich in der Verantwortung der Frage, daß uns Deutschen nur eine Wahl bleibt: Chaos oder Republik. Die Begeisterung der Arbeit auf den wachgewordenen Kulturwillen der breiten Massen des Volkes, das sei der Sinn und die Abzweigung, die hinter dem Wechsel im Kultusministerium liege.

## Der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer.

Eine Verordnung der Reichsregierung.

Berlin, 11. Februar.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über den Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1930 zugehen lassen. In diesem Entwurf wird festgelegt, daß, wie im Jahre 1929, der Zuschlag auch im Rechnungsjahre 1930 15 Prozent beträgt.

In der Begründung dieser Verordnung heißt es u. a.: „Nach der Linie der Entwicklung in den Jahren 1927 bis 1929 ist anzunehmen, daß im Jahre 1930 der aus laufenden Einnahmen zu deckende Bedarf der Wegeunterhaltungspflichtigen für die Landstraßen im Reich gegen 550 Millionen Mark betragen wird. Soweit dieser Bedarf nicht aus der Kraftfahrzeugsteuer gedeckt wird, müßte er aus allgemeinen Steuern aufgebracht werden. Bei einem Zuschlag von 15 Prozent, dem ein Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer von 240 Millionen Mark (nach Abzug der Verwaltungskosten) entspricht, würden also 310 Millionen Mark, bei einem Zuschlag von 10 Prozent, dem ein Aufkommen von 230 Millionen Mark (nach Abzug der Verwaltungskosten) entspricht, 320 Millionen Mark aus allgemeinen Steuern anzubringen sein. Angesichts dieser Zahlen kommt eine Ermäßigung des Zuschlages nicht in Frage.“

Die angestrebte Entlastung der allgemeinen Steuern muß besonders dann verwirklicht werden, wenn es sich um Deckung von Aufwendungen handelt, die, wie die Wegeunterhaltung und -instandsetzung, nicht unmittelbar der Allgemeinheit der Steuerpflichtigen zu Gute kommen. Daß

die hohen Kosten für Wegeunterhaltung und -instandsetzung eine Folge des zunehmenden Kraftverkehrs sind, wird nicht bestritten, ebenso wenig, daß gute Wege für den Kraftverkehr Vorteile und Ersparnisse bedeuten.

Danach ist es verständlich, daß von vielen Seiten nicht nur eine Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer abgelehnt, sondern ihre Erhöhung gefordert wird (so zum Beispiel in der Entschließung des Preussischen Landtags vom 31. Januar 1929). Der Entwurf sieht jedoch von einer Erhöhung des Zuschlages ab und schlägt vor, den Zuschlag auch für das Rechnungsjahr 1930 auf 15 Prozent zu belassen. Dafür spricht der Umstand, daß das Kraftfahrzeugsteuergesetz in seiner gegenwärtigen Fassung nur bis zum 1. April 1931 gilt, also bis zum Ende des Rechnungsjahres, für das der Zuschlag festgesetzt werden soll. Wenn auch die Verordnung der gesetzlichen Neuregelung in keiner Weise vorgreift, sollte doch eine nochmalige Änderung des Steuertarifs für den kurzen Zeitraum bis zur Neuregelung vermieden werden.“

## Sie wollen von England nichts mehr wissen

Neuer großer Eingeborenenaufrüstung auf Samoa.

Genf, 11. Februar.

Im Mandatsgebiet der neuseeländischen Regierung Ost-Samoa ist es zu einem neuen schweren Eingeborenenaufrüstung gekommen. Die neuseeländische Regierung übermittelte jedoch dem Generalsekretär des Völkerbundes einen telegraphischen Bericht, nach dem sich die neuseeländische Regierung im Hinblick auf die Haltung der Aufständischen zu einem Einschreiten mit Waffengewalt gezwungen sah. Der Eingeborenenrat, der Mau, habe seine Sitzungen aufgegeben und sei verschwunden. Die Aufständischen hätten dem Eingreifen der Polizei starken Widerstand entgegengesetzt, so daß es zu einer schweren Schießerei kam, wobei auch Militär mit Maschinengewehren eingreifen mußte.

Die neuseeländische Regierung weist darauf hin, daß die Aufständischen eine Einschließung veröffentlichen haben, in der der Völkerbund aufgefordert wird, das Mandat über Ost-Samoa einer anderen Nation zu übertragen. Die Regierung habe alle Maßnahmen ergriffen, um den Aufrüstung zu unterdrücken.

## Entscheidende Woche in London.

Die Rolle Japans.

London, 11. Februar.

Die neue Woche führt die Londoner Seeabrüstungskonferenz in ein entscheidendes und zugleich in ein einigermaßen kritisch aussehendes Stadium. Man ist durch die verschiedenen formulierten Vorschläge zwar über das Anfangsstadium hinausgekommen, zugleich aber haben die Programme, die Washington und London auf den Konferenztisch legten, nicht nur Frankreich von der führenden Stelle zurückdrängt, die ihm das scharfe Eintreten Lardies in den ersten Tagen der Verwirrung gesichert hatte, sondern sie zeigen zugleich eine Klar gegen Frankreich gerichtete Tendenz, allerdings gemildert durch die offengehaltene Möglichkeit eines Ausgleichs.

In Paris macht man aus seiner Enttäuschung über den Umschwung in London kein Hehl und behauptet, daß Frankreich keine Konzessionen machen werde. Ob freilich diese Voraussetzungen gegenüber der wieder geschlossenen englisch-amerikanischen Einheitsfront Bestand haben wird, muß man abwarten. Aber nicht nur die bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und der angelsächsischen Gruppe werden die Konferenzverhandlungen dieser Woche besonders scharf machen und ihnen entscheidende Bedeutung geben.

Man hat bisher die Rolle Japans auf der Konferenz unterschätzt, woran die betonte Zurückhaltung der japanischen Delegation Schuld hat.

Diese Zurückhaltung darf aber nicht zu der Annahme verleiten, daß die Japaner ihre Forderungen für so geringfügig hielten, daß sie sich in London in die zweite Linie drängen ließen. Sie warten ab, auf welcher Basis England und Amerika sich untereinander einigen und dann mit Frankreich zu verständigen suchen werden, um diesen Vorgang zum Maßstab ihrer Forderungen zu machen. Die Berichte aus Tokio bestätigen, daß Japan mit äußerster Fähigkeit an der Forderung festhalten wird, in der Kreuzerklasse 70 Prozent der amerikanischen Stärke zugebilligt zu erhalten, während Amerika nur bereit ist, 60 Prozent zuzugestehen.

Das Kritische für London ist, daß man sich in Tokio und in Washington so festgelegt hat, daß dieser Zwiespalt zu einer Preisfrage geworden ist, und man befürchtet daher, daß eine Zuspitzung dieser Angelegenheit Japan auf die Seite Frankreichs treiben könnte.

## Südtirols Meinung.

Zum österreichisch-italienischen Freundschaftsvertrag.

Innsbruck, 11. Februar.

Ueber die voraussichtliche Haltung der Tiroler Abgeordneten bei der parlamentarischen Behandlung des Freundschaftsvertrages mit Italien im Wiener Parlament äußerte sich ein in der Südtiroler Frage führender Tiroler Parlamentarier, der u. a. schreibt: Vorerst werden wir uns dem Bericht des Bundeskanzlers anhängen. Auf jeden Fall werden wir zum italienisch-österreichischen Vertrag das Wort ergreifen, um über die Meinung Tirols kein Hehl zu lassen. Die freundschaftliche Sprache der römischen Presse erfüllt uns mit ernster Besorgnis. Es steht zu viel Nichtsagendes und, was noch schlimmer ist, Kompromittierendes, Liebesswürdiges darin. Wir glauben vor allem nicht daran, daß Italien uns irgendwie wohl will.

Dieses Märchen vom italienischen Wohlwollen werden wir gründlich zerplücken. Hat man hier mit Italien solche Erfahrungen gemacht, daß man irgendwie etwas auf das Wort seiner Staatsmänner geben könnte? Italien war niemals unser Freund und wird es auch in Zukunft nicht sein. Niemand kann von uns verlangen, daß wir diese durch trübe Lehren erhärteten Erfahrungen nicht auch öffentlich aussprechen sollten. Für uns dreht sich das italienische Problem um Südtirol. Das ist uns vor allem anderen maßgebend.

## Politische Rundschau.

Majarat-Ehrungen. Anlässlich des 80. Geburtstages des Präsidenten Majarat werden zahlreiche Schulen den Namen des Präsidenten erhalten. In Brünn wird auch das deutsche Gymnasium, das Majarat seinerzeit besucht hat, den Namen des Präsidenten erhalten.

Arbeitslosen im Korridor. Die Zahl der Arbeitslosen im Korridorgebiet ist um weitere 4700 auf 17 380 angewachsen.

Grundsteinlegung eines neuen Universitätsgebäudes in Lille. Unterrichtsminister Marraud und Arbeitsminister Loucheur haben in Lille den Grundstein zu einem neuen Universitätsgebäude gelegt.

Inkrafttreten der neuen Zollsätze für Malz, Roggen- und Weizenmehl.

Berlin, 11. Februar. Das zweite Zusatzabkommen zum deutsch-schwedischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vom 14. Mai 1926 ist vom schwedischen Reichstag angenommen worden und tritt am 11. Februar mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Damit kommen die in dem deutsch-schwedischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag vereinbarten Zollsätze für Getreide und Vieh in Kraft. Gleichzeitig treten die neuen autonomen Zollsätze für Malz, Roggen- und Weizenmehl in Kraft.

„Der Friede im Osten nicht gesichert.“

Warschau, 11. Februar. Der nationaldemokratische Abgeordnete Berzowski hat in seiner großen außenpolitischen Rede erklärt, daß normale Friedensbeziehungen zwischen Polen und Deutschland so lange unmöglich seien, als die Deutschen an dem Gedanken der Grenzänderung festhielten. Für Polen sei jeder Versuch einer Grenzänderung gleichbedeutend mit Krieg. Alle Annäherungen einer deutsch-französischen Annäherung seien ebenfalls zwecklos, solange Deutschland die Unverletzbarkeit der Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht achte. Vorher sei weder die Sicherheitsfrage für Polen gewährleistet noch der Frieden im Osten gesichert.

Nationalpolnische Kundgebung in Kattowitz.

Kattowitz, 11. Februar. In Kattowitz fand eine nationalpolnische Kundgebung anlässlich des zehnten Jahrestages des Zutritts Polens zum Baltischen Meer und der Besitzergreifung des polnischen Korridors statt. Nach einem Dankgottesdienst fand ein Demonstrationsumzug nach dem Ring statt, wo mehrere Ansprachen über die Erhaltung des Zuganges zur Ostsee und den Ausbau der polnischen Flotte gehalten wurden. Auf dem Ring wurde das Modell eines Kriegsschiffes und eines Leuchtturms aufgeführt. Die Beteiligung der Bevölkerung an dem Festumzug war sehr schwach.

Primo de Rivera will eine Partei bilden.

Madrid, 11. Februar. Primo de Rivera hat an sämtliche Mitglieder der Nationalversammlung ein Schreiben gerichtet, sich zu einer neuen Partei zusammenzuschließen, an deren Spitze die ehemaligen Minister des diktatorischen Regimes stehen sollten. Die Partei soll bei den kommenden Wahlen Kandidaten aufstellen, um die Diktatur im Parlament zu verteidigen.

Eine neue Verschwörung in Afghanistan aufgedeckt.

London, 11. Februar. In Allahabad sind Mitteilungen von der afghanischen Grenze über die Aufdeckung einer Verschwörung gegen König Nadir Khan eingegangen. Nach einem amtlichen Bericht der Regierung der indischen Nordwestprovinz sind Sardar Amin Khan, ein Halbbruder Amanullahs, und Abdul Sabrim Khan, der Handelsagent der Regierung Amanullahs

verboten